

Bezugpreis
Die Halle monatlich bei zweimaliger
Anstellung 1.50 Mark, vierteljährlich
4.50 Mark, durch die Post 4.50 Mark
zusätzlich. Zustellungsgebühren. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
Postämtern angenommen. Im
einzelnen Zeitungsverzeichnis unter
„Soale-Zeitungen“ eingetragen. Für
Anzeigen eingegangene Manuskripte
und keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit der Quellen-
angabe „Soale-Zeitung“ gestattet.
Herausgeber der Schriftleitung Hr. 1149,
der Anzeigen-Abteilung Hr. 1122,
der Bezugs-Abteilung Hr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Abend-Ausgabe.

Soale-Zeitung

Zweihundertfünfzigster Jahrgang.

Angabe
werd. 0.76 Spalt. 38 mm dr. Kolonen-
zeile oder deren Raum mit 40 Pf.
breit. 2. In unseren Annoncen-
Blättern u. allen Anzeigen-Verträgen
angewandt. Reklamen die 92 mm
breite Zeile 1.25 Mt. Anzeigen-
annahme-Schluss vom. 11 Uhr,
für die Sonntags-Bl. abends
4 Uhr. Abbestellungen, wenn zur-
läufig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrif-
teit. u. Haupt-Verkaufsstelle: Halle,
Neue Promenade 1a, Gr. Braun-
hauke 17. Neben-Verkaufsstelle:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 476.

Halle, Donnerstag, den 10. Oktober.

1918.

Besprechungen über Wilsons Antwort.

Die wechselvollen Kämpfe im Westen. — Schwere Verluste der Amerikaner und Franzosen.

Amtlicher Bericht der Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 10. Oktober. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem Schlachtfeld zwischen Cambrai und St. Quentin nahmen wir vortäuschende Stellungen ein. Cambrai wurde von uns geräumt. Durch erfolgreiche von Panzerwagen unterstützte Gegenangriffe, die uns am Abend des 8. Oktober südlich von Cambrai wieder in den Besitz von Seranville und der Höhen beiderseits von Cones brachten, haben in erster Linie bayerische und rheinische Regimenter, sowie Truppen der deutschen Jäger-Division die Verluste vom Gegner weitgehend ersetzt. Im Lauf des gestrigen Tages ist der Feind beiderseits der Römertroße in Richtung Le Cateau mit stärkeren Kräften gefolgt. Unsere Vortruppen wichen seine hier in Verbindung mit Panzerwagen an-
gesetzte Kavallerie ab. Stärkeren Infanterieangriffen wid, an sie schrittweise kämpfend auf ihre neuen Stellungen aus. Am Abend stand der Feind südlich der Linie: Betry-Buigny-Cobain.

In der Champagne wurden feindliche Teilangriffe beiderseits von St. Etienne abgewiesen. Zwischen den Argonnen und dem Rücken von Dornes brach der Amerikaner, am östlichen Mauser in Verbindung mit Franzosen, erneut zu einseitigen Angriffen vor. Am Rand der Argonnen schi-
terten sie unter schweren Verlusten für den Gegner. Cornay, in das der Feind eindrang, wurde wieder genommen. Der Hauptstoß der zwischen Eire und Maas gerichteten Angriffe war gegen Sommerance und Romagne gerichtet. Beide Orte blieben nach wechselvollem Kämpfen in unserer Hand. Den über Romagne und östlich davon bis Cornay vordringenden Feind warfen bayerische Regimenter wieder zurück.

Auf dem östlichen Mauser folgten wir dem Feind bei und östlich von Sivry ab und nahmen Sivry, das vorüber-
gehend verloren ging, wieder. Nordwestlich und östlich von Beaumont ist der Ansturm des Gegners vor den Linien öster-
reichisch-ungarischer Jäger und rheinischer Regimenter ge-
schickter.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.



Geld, das nicht schafft,
ist tote Kraft;
Geld, das fest ruht,
wird Schuld und Blut.
Zeichne die Neuntel!

Die Versailler Konferenz.

Paris, 10. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Franzö-
sische Blättermeldungen zufolge dauerte die Versailler
Konferenz 48 Stunden. Clemenceau, Deland und Balfour
vertreten die französische, italienische und englische Regie-
rung.

Die Beratungen in Berlin.

Berlin, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Sach-
amtlich ist seitdem bereits darauf hingewiesen worden, daß die
Veränderung auf die Antwort des Präsidenten Wilson sofortige
Erwägung erheischt. Demnach bereits gestern mit der Beratung
dieser Erörterung begonnen wurde, wird es daher kaum vor
werden möglich sein, unsere Antwort zu formulieren. Der
außenpolitische Text der Wilsonschen Note hat neben dem bei den
Beratungen der Regierung noch nicht vorgelesen. Er ist erst
später eingetroffen. Er deckt sich übrigens mit dem schon vorher
aus Holland übermittelten Text und enthält insbesondere auch
im letzten Satz des Wortes „nur“, das der ganzen Frage des
Präsidenten Wilson ein so wichtiges und entscheidendes Gepräge
gibt.

Der authentische Text der Wilsonschen Antwort ist wieder durch
die Schweiz als deutsche Schutzmacht in Amerika übermittelt
worden.

Hierzu sind, wie sich aus den Worten Wilsons ergibt, vor
der Aufstellung eines Antwortsentwurfes gewisse Vorfragen durch

die Beratung der politischen Reichsleitung mit dem General-
quartiermeister Ludendorff zu klären. Das ist in der gestrigen
Beratung geschehen, bei der wiederum alle Teilnehmer des losen.
Vorkonferenzes, bester geistiger Friedenszustandes, also außer
dem Reichsanstalt und dem Reichsanstalt alle Staatssekretäre ohne
Vertreter abwesend waren.

Die eigentlichen Beratungen über die Formulierung der Ant-
wort an Wilson haben heute normiert begonnen und werden ver-
mutlich ein bis zwei Tage in Anspruch nehmen.

Der Reichstag wird voraussichtlich erst Mitte nächster
Woche eine Vollziehung abgeben.

Die Auffassungen in Wien.

Wien, 10. Oktober. (Privat-Telegramm.) Zu der
Antwort des Präsidenten Wilson mit von unrichtigster
diplomatischer Seite erklärt: Im Augenblick ist die öster-
reichische Regierung nicht in der Lage, eine vollständig um-
fassende Erläuterung insbesonders bezüglich der Vermögens-
fragen der Deutschtüchtigkeit zu geben. Es liegt auch keine Ver-
ständigung mit Berlin vor. Es werden vielmehr Gegen-
vorschläge zu fassen sein. Man wird nicht durch ein ein-
seitiges Ja in einer Angelegenheit antworten können, in der
so viele wichtige militärische Vorfragen zu erledigen seien.
Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Antwort des Präsi-
denten die Möglichkeit weiterer Beratungen bietet. Oester-
reich nimmt eine wartende Stellung ein. Man müsse ab-
warten, wie sich Deutschland dazu stellt und welche Antwort
Wilson auf die Note Österreichs erteilen wird.

Rücktritt von zwei stellv. Generälen.

Berlin, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Im Zu-
sammenhang mit der letzten von uns angeführten Kabinetts-
reden über den Belgienrücktritt verlor, daß die komman-
dierenden Generale von Bielefeld-Hell-Seele (Stein)
und von Gant (Winkler) von ihren Stellen zurücktraten.

Eine halbamtliche italienische Aeußerung.

Rugano, 10. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Endlich
hat auch die italienische Regierung zum Friedensschritt der Mittel-
mächte das Wort ertönen und läßt durch die „Agenzia Steletti“
verlauten, daß die italienische Regierung keine neue ange-
nommen werden, wenn den Feinden solche Bedingungen aufzuerlegt
werden, die ihnen die Wiederaufnahme des Kampfes unmöglich
machen. Es sei aber zu bemerken, daß sie sich solche Bedingungen
anzunehmen werden. Man müsse daher glauben, daß ihre Vor-
schläge keinen Erfolg haben werden. Der gerechte Frieden sei
nicht, er liege aber nicht unmitelbar bevor. Er würde um so
näher rücken, je ruhiger und feiler die Köpfe der Entente blieben.
Die parlamentarische Vereinigung hat an alle ihre Mitglieder
ein Schreiben gerichtet, das zum Mißtrauen gegen die Feinde auf-
fordert. Auch die großen italienischen Zeitungen haben neuerdings
mit aller Kraft das Volk zur Fortsetzung des Krieges auf-

Umschwung in der französischen Presse.

Genf, 10. Oktober. (Privattelegramm.) Die „Frank-
Zeitung“ wird aus Genf berichtet: Die französische Regie-
rungspressen ist seit gestern mit ihren Aeußerungen zu dem
Friedensangebot plötzlich sehr zurückhaltend, man möchte
sagen vorsichtiger geworden. „Welt Pariser“ bemerkt an
der Spitze seiner Abendausgabe, daß die Augen der ganzen
Welt auf den Präsidenten Wilson gerichtet seien. Man wolle
aus sicherer Quelle, daß Wilson seiner Gewohnheit gemäß
sich isoliert habe, um über seine Antwort nachzu-
denken und es sei nicht gewiß, ob er die Bundesgenossen zu
Rate ziehe, da die Zentralmächte sich nur an ihn gewandt
haben. Das ist vielmehr dem Wunsch nach richtig, aber
ohne ihren Inhalt klar geworden ist, nicht abzuwarten, ohne
sie den Regierungen in London und Paris vorher unter-
breitet zu haben.“ Weshalb ist, daß die weitere Zeitungen
die eigentliche Besprechung der Fragen und wie auf höheren
Befehl den mit kritischen Mitteilungen überlassen. Der
„Temps“ macht die Bemerkung, daß die gelungene Offi-
sive die beste Antwort auf den deutschen Friedensantrag
antworte darstelle. Die meisten übrigen Militärblätter gehen
noch auf die These eines Bausenstandes ein und rechnen
mit den militärischen Vorbedingungen einer Unterbrechung
des Feldzuges. Clemenceau hatte gestern früh mehrere
Konferenzen im Kriegsministerium, so daß der im Laufe
angekündigte Kriegsrat vertagt werden mußte. Neuse-
Personen, mit denen Clemenceau konferierte, wird natürlich
keine Mitteilung gemacht. Es handelt sich offenbar um die
Oberbefehlshaber der Entente. Das sind alle Anzeichen da-
für, daß man im Lager der Entente eines Rates pflegt, das
heißt, daß man sich der Verantwortung für die Ablehnung
jeder Diskussion bewußt ist.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 2)

Was wollen wir von Wilson?

Viele von uns sind sich nicht darüber klar, daß durch
die Ablehnung der Friedensnoten der Mittelmächte an den
amerikanischen Präsidenten ein ganz eigenartiges Verhältnis
zwischen ihm und uns eingetreten ist, für das es eigentlich in
der Geschichte der Kriege und ihrer Beendigung kein Beispiel
gibt. Bisher wird, auch von ganz ernsthaften Leuten, die
Sache so aufgefaßt, als hätten wir Herrn Wilson um „Friedens-
ermittlung“ ersucht. Daraus kann aber im eigentlichen
Sinne des Wortes keine Rede sein. Die Vermittlung im
völkerrechtlichen Sinne ist immer nur Sache eines Neutralen,
der von allen kriegführenden Parteien um seine Zusage-
kunft ersucht worden ist. Herr Wilson aber vielmehr die von
ihm vertretene Macht ist aber selber Partei, sie befindet sich
selber im Krieg mit uns. Wir haben den Präsidenten nach
dem vom Reichsanstalt im Reichstag geprononcierten Wort „um
Herbeiführung des Friedens“ ersucht und ihn gebeten, alle
Kriegführenden zur Eröffnung von Friedensverhandlungen
einzuladen. Damit haben wir in Würdigung einer ausaus-
gesprochenen, aber überall anerkannten Tatsache, die führende
Stellung Wilsons im Kreise der uns feindlichen Mächte an-
erkannt und in seiner Person uns direkt an die Feinde mit
dem Antrag um Frieden gemandt. Wir haben aber
gleichzeitig erklärt, daß wir die in unserer Note näher bezeich-
neten Runderhebungen des Präsidenten als Grundlage für die
Friedensverhandlungen annehmen. Damit ist logischerweise
die Erwartung ausgesprochen, daß Herr Wilson, wenn er zu
seinen Worten steht, keinen Grund finden kann, die in ihm
gerichtete Aufforderung abzulehnen.

Was wir demnach vor dem amerikanischen Präsidenten
erwartet, ist nicht allein, daß er die mit America verbündeten
aber, wie man scharf unterscheidend dort sagt, assoziierten
Regierungen veranlaßt, sich mit ihm zur Bejahung unserer
Anträge zu vereinigen, sondern auch das von ihm aufgelegte
Programm als Grundlage der Verhandlungen allerorts anzu-
zuerkennen. Wir haben mit dieser unserer Stellungnahme
ein sehr hartes Vertrauen zu den Gedankenengängen
und dem Willen Wilsons ausgesprochen, und was wir von
ihm erwarten, das ist, daß er dieses Vertrauen zu uns nun
mehr erwidere. Nur auf dieser Basis allein werden
Verhandlungen möglich und werden sie fruchtbringend sein.
Wir sehen, soweit uns ein klarer Ueberblick gestattet ist und
der wahre Sachverhalt nicht durch eine üble Macht verdunkelt
wird, bereits einen großen Teil der feindlichen Presse, auch
in America selbst, am Werke, dieses Vertrauen von vorn-
herein zu erschüttern. Man geht dabei von folgenden Ge-
dankengängen aus: eines der wesentlichsten Merkmale des
Staatswesens, den Wilson in allen seinen Runderhebungen
verleitet hat, ist, daß er nicht gegen das deutsche Volk
soil kriegen, sondern gegen das den wahren Volk-
willen unterdrückende System, das er heißt als „Autokratie“
hald als „Militarismus“ bezeichnet, das ein Gemisch von
beiden gemeint ist und auf dessen Einfluß die ganze Art
unserer bisherigen Kriegspolitik und Kriegführung, namentlich
die Aufstellung und Verfolgung der Kriegsziele bei uns,
zurückgeführt hat. Der Beweis ist ja nun geliefert, daß das
deutsche Volk selbst mit diesem System nicht einverstanden
gemeint ist und nicht einverstanden ist, und es sind auch die
Garantien geschaffen, daß dieses System, wonach unent-
nontliche und unfontrollierbare Einflüsse unsere Geschicke be-
stimmen, nicht wieder zur Herrschaft gelangt. Die Ver-
änderung knüpft sich nicht an die Person des Prinzen Max von
Baden; dieser hat vielmehr als der Beauftragte des Volkes
und der Mehrheit seiner Vertretung gesprochen, wie der
Reichstagspräsident in seiner bemerkenswerten Schluss-
ansprache ausdrücklich festgestellt hat. Die behaupteten Be-
mühungen eines großen Teiles der Entente, den Um-
schwung in Deutschland als „Garce“ und „Komodie“ hingu-
stellen, haben sich direkt die Person des Präsidenten zum Ziel
genommen. Sie werden namentlich unterführt von der fran-
zösischen und der italienischen Regierung. Beides sind Regie-
rungen, deren Kriegsziele in ihrem tiefsten
Wesen von denen Wilsons unter sich nicht unterscheiden
sind. Das Kriegsziel Frankreichs ist die Vernichtung der
Machtstellung Deutschlands und die Gebietsveränderung
das italienische der nackte Landraub, das Kriegsziel Wilsons
oder etwas ganz anderes: eine militärische Neuordnung der
politischen Verhältnisse Europas und der Welt ohne Be-
rückichtigung von Sonderinteressen. Eine
Zürückführung der Friedensverhandlungen also in dem Geiste, den
Wilson namentlich zuletzt in seiner Rede vom 27. September
verleitet hat, würde man in Paris und Rom gar nicht gern
sehen, und der Gedanke, daß auch dem deutschen Volk schließ-
lich sein Recht werden und sein Anspruch auf freie Entwid-
lungsmöglichkeiten und Teilnahme an Weltmitbestimmung
Weltverkehr anerkannt werden sollte ist dort als einer der
Schwergewichte für die Friedensverhandlungen durchaus un-
erwünscht. Daher die Verdächtigung der für jeden klaren
Blick unweifelbarsten Bedeutung dessen, was sich im innen-
politischen Leben Deutschlands zugutragt.

Was wir von Wilson erhoffen und erwarten, ist, daß er
seinen Unabhängigkeitsanspruch und die Unbeeinflussbarkeit seines

Denken, von der er uns so viele Troben abgeteilt. Solchen Verdunkelungsversuchen gegenüber bewahre. Wir bringen von ihm nichts weiter, als was er als das größte seiner Kriegsgelüste verknüpft hat: unparteiische Gerechtigkeit. Das Vertrauen in diese Unfindung ist es ja, das uns zu dem nicht alltäglichen Schritt bewegen hat, uns an den führenden Mann im Lager der Feinde selbst mit dem Friedensantrag zu wenden. Wir haben offen funktions, daß wir auch zu Verhandlungen über Punkte des Wilsonschen Programms entschlossen sind, deren Verwirklichung für uns sehr große Opfer bringen kann. Es geht nicht an, daß einzelne deutsche Forderungen das schon so darstellten, als seien einzelne Probleme, etwa die Frage von Elap-Vorfällen oder der von Polen bewohnten deutschen Gebiete, von jeder Unterhandlung ausgeschlossen. Es mag für uns schwer gemein sein, uns einer Lage zu fügen, die eine Erörterung solcher Opfer einschließt, aber wir müssen vor allem ehrlich gegen uns selbst sein wie gegen andere. Wir haben uns zu der Erklärung verstanden, daß die von Wilson aufgestellten Punkte von uns als Grundlage der „Friedensverhandlungen“ (nach halbamtlicher Auslegung nach als Grundlage für den „Frieden“) angenommen werden. Wir haben dies getan, eben in dem Vertrauen, daß die Verhandlung über alle diese Punkte geführt werden soll im Geiste der unparteiischen Gerechtigkeit, nicht in dem Geiste des parteiischen Vernichtungswillens gegen uns, den die Verbündeten Wilsons ihm heute aufzudrängen suchen. Es kann dem Präsidenten nicht an Mitteln und Wegen fehlen, sich zu überzeugen, wie es der Welt ist, der nun in Deutschland das öffentliche Leben wie die Entschlüsse der Regierung beherrscht. Er mußte sich denn überzeugen, daß dieser Geist die bester aller Garantien dafür liefert, daß im Grunde die Harmonie der Gesamtsituation zwischen Amerika und uns erheblich größer ist, als zwischen ihm und mandem seiner Verbündeten, die seine Ideen nur zum Vorwand für die Verwirklichung ihrer Sonderinteressen nehmen. Daß er die Unrichtigkeit unseres Befennnisses zum Widerspruch und unseres Wunsches zum Eintritt in die Gemeinschaft der demokratischen Nationen anerkenne, daß er einsehe, daß das deutsche Volk die Herrschaft des Imperialismus abgelehnt, daß er aber auch die Gerechtigkeit vertrete gegenüber imperialistischen Ansprüchen anderer gegen uns, das ist es, was wir von Wilson wollen. Nicht mehr und nicht weniger, als daß er Wort hält!

Die Unterstufung Bulgariens durch Deutschland.

Der bulgarische Ministerpräsident Maslow hat dem Abfall von den Bundesgenossen jetzt in seiner Rede in der Sobranie noch den Vorwurf ungenügender Unterstützung hinzugefügt. Deutschland ist in seiner Hilfe für die Befreiung der bulgarischen Gebiete viel weiter gegangen, als seine Bundespflichten ihm auferlegten. Allein die deutschen Verluste betragen 1700 Offiziere und etwa 60 000 Soldaten. Davon starben 336 Offiziere und 9500 Soldaten den Heldentod auf den Schlachtfeldern in Serbien, Mazedonien und in der Dobrudscha. Was kann Herr Maslow als bulgarische Gegenleistung dafür anführen? Alles, was das bulgarische Heer für seine Ausrüstung außer den Bundesprodukten brauchte, wurde von den Mittelmächten geliefert. Allein die Lieferungen Deutschlands erreichen mit den Kreditvorlässen zusammen die Summe von über 2 Milliarden Mark. Keinen Pfennig davon hat Bulgarien bisher dafür bezahlt. Für 820 Millionen Mark aber für rund eine Milliarde Lera wurde allein bis zum Herbst 1917 Kriegsmaterial geliefert. Diese Summe verteilt sich auf 161 Millionen Mark Beschaffung und Auslösung, 400 Millionen Mark Feldartilleriematerial, 98 Millionen Subartilleriematerial, 161 Mill. verbrauchte Lieferungen für Heeresbedarf. Zu diesen Lieferungen für das Heer treten die sonstigen Lieferungen sowie die Kreditvorläufe der deutschen Banken. Die Lieferungen Bulgariens an die Mittelmächte waren dagegen ganz unzureichend. Die Ausfuhr von Getreide und Futtermitteln ist sogar hinter dem Friedensdurchschnitt zurückgeblieben. Den Friedensverträgen waren im Jahre 1912 etwa 12 Prozent der Getreideernten Bulgariens zugeführt worden. In den drei Kriegsjahren 1916/18 dagegen nur etwa 1,6 Prozent der Durchschnittsernte des normalen Jahres 1912. Diese Ausfuhr von Lebensmitteln wurde aber außerdem noch durch die Lieferung von 100 000 Tonnen Lebensmitteln aus den rumänischen Ernten wettgemacht. Wenn Bulgarien mit der Erfüllung und erteilung seiner Ernte nicht den erhofften Erfolg gehabt hat, so lag die Schuld daran nur an den bulgarischen Behörden selbst, die für eine burdgreifende Organisation nicht zu haben waren. Deutschland hat in militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung seinem früheren Bundesgenossen ein so außerordentliches Entgegenkommen gezeigt, daß es jetzt nicht auch noch den Vorwurf mangelhafter Unterstützung erwarten dürfte.

König Ferdinand in Koburg.

Willkommen im Landtag. Koburg, 8. Oktober. Der Sonderlandtag für das Herzogtum Koburg ist heute hier zur Beratung einer Reihe von Vorlagen zusammengetreten. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Präsident Reichstagsabgeordneter Arnold das Wort und führte mit Bezugnahme auf die Anwesenheit des Ex-Königs Ferdinand von Bulgarien u. a. aus:

„Da der König entschlossen war, die Politik des Bündnisses mit den Mittelmächten bis zum Ende fortzusetzen und mit seinen Verbündeten das lokale Einvernehmen bis zum letzten Augenblicke gewahrt hatte, so hat er von jener Politik, die er im Leben lang verteidigt hat, abzuweichen wollen und da er es nicht mehr durchzuführen vermochte, hat seine Person die Konsequenzen aus der veränderten Lage gezogen und hat abgedankt. Dies läßt uns ihn doppelt hochschätzen und verehren, uns zu dem Wunsch verbinden: möge es ihm gelingen, hier in unserer kleinen Heimat Land und Erholung zu finden und das Schöne vergessen zu können. In diesem Sinne begrüßen wir ihn aufs herzlichste, denn er war der unsere und bleibt das unsere. Und wie wir ihm einst auf seiner Regie-

rungsanläßlich Bewunderung folgten, so wollen wir ihm jetzt helfen, sein Los zu tragen, bis die dunkeln Wolken weichen und besseren, heiteren Zeiten für ihn und uns Platz machen.“

Die Besprechungen in Berlin.

Mittwoch abend um 8 Uhr sind der Reichstagsler, der Abgeordnete, die Staatssekretäre und die entscheidenden militärischen Stellen zu einer Sitzung zusammengetreten, um, so weit das auf Grund des Tages möglich ist, über die zu erledigende Antwort an Wilson zu beraten.

Die konservative Fraktion des Reichstags hat kein Präzidium beantragt, zur Erörterung der Wilsonschen Antwort auf das Friedensangebot vom 5. Oktober sofort eine Vollsitzung des Reichstags anzuberaumen.

Weiterführung des Friedensschrittes.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unterm 8. Oktober: Die Antwort des Reichstags der Vereinigten Staaten auf den Wilsonschen Friedensantrag ist bei den höchsten amtlichen Stellen bereits bekannt geworden und wird in Kürze mitgeteilt werden (ist inzwischen erfolgt). Wir haben Grund zu der Annahme, daß sich eine Weiterführung des Friedensschrittes ermöglichen wird.

Zudendorff in Berlin.

Berlin, 8. Oktober. (Amstsch.) Der Ex-Generalkommandant General Ludendorff traf aus dem Großen Hauptquartier zu Besprechungen in Berlin ein.

Die Berliner Presse zur Antwort Wilsons.

Berlin, 10. Oktober. Die „Germania“ gläubt der Hoffnung Raum geben zu können, daß die Morgenblätter des Friedens im Anzuge ist. Die Tatsache, daß Wilson das deutsche Friedensangebot ganz anders behandelt als noch vor wenig Wochen das österreichisch-ungarische, gibt ihr zu dieser Auffassung Berechtigung. Wer aus den auswärtigen Zeitungen die öffentliche Meinung oder Stimmungslage in der Union, sowie in England und Frankreich kenne, werde Wilson seine Unabgängigkeit und Selbstständigkeit als hohes Verdienst anrechnen. Natürlich seien wir noch sehr weit von einer Verständigung. Eins ist sicher, schreibt das Blatt, nämlich, daß dem Deutschen Reich sein Bestehen und unter allen Umständen gewährleistet sein muß und daß jetzt kein Heer ihm hierin die einzige Sicherheit bietet.

In der „Nordb. Allgem. Ztg.“ heißt es: Die Antwort auf die erste Frage Wilsons kann schon in der halbamtlichen Mitteilung erblickt werden, daß die deutsche Regierung und die Mehrheit des Reichstages das gesamte Wilsonsche Programm ohne Ausnahme und Einschränkung als Grundlag für den Frieden angenommen haben. In der dritten Frage ist die Antwort in der Rede des Reichstagspräsidenten enthalten. Die Frage des Reichstagspräsidenten enthält. Die Frage des Reichstagspräsidenten enthält. Die Frage des Reichstagspräsidenten enthält.

Die „Augsburger“ sagt: Es ist das erste Mal, daß auf ein Friedensangebot der Mittelmächte eine nicht von vornherein ablehnende Antwort erfolgt. Deshalb liegt keine Veranlassung vor, nun etwa optimistisch in die Zukunft zu schauen. Man wird abzuwarten müssen, wie sich die Oberste Heeresleitung dazu stellt. Der „Volks-Anz.“ führt aus, welche ungeheure Verantwortung auf den Männern laie, die dem Wunsch der deutschen Volkvertretung folgend, in die Regierung eingetreten sind.

Der „Vorwärts“ spricht von künftigen Ausichten für den Frieden und hebt hervor, daß das von der Antwort auf die drei Fragen Wilsons unmittelbar die weitere Haltung Wilsons selbst abhängen wird, nicht aber die der mit ihm im Bunde stehenden Entente-Mächte. Die ganze Welt gleiche in diesem Augenblicke einem Gemeindegeld, dem die Sonne feindlich durchs Fenster blicke.

Die „Morgenpost“ sagt: Es sei falsch, von irgend welchen Gewalten zu sprechen, die den Krieg geführt haben in dem Sinne u. a. in der Welt, daß sie im Gegensatz zum deutschen Volk gehandelt werden sollen.

Der „Berl. Volks-Z.“ sagt: Es muß so klar als möglich werden, daß die alten und die neuen Gewalten bei jedem Schritt völlig einig sind. Mit Benutzung sollte sich aus Verhörungen in konservativen Kreisen der Stunde in ihrer ganzen Bedeutung erkannt werde. Damit erhalte der Friedensschritt der neuen Regierung auch im Auslande ein verlässliches Gewicht.

Die festigkeit der deutschen Front.

Budapest, 9. Oktober. Major Viktor Szuecs veröffentlicht im „Pester Lloyd“ eine sehr charakteristische Darstellung der Kämpfe an der Westfront, in der es sich hauptsächlich um die deutsche Westfront handelt. Die Annahme läßt, es werde ihnen früher oder später doch beschieden sein, die deutsche Westfront zu durchbrechen und damit endgültig zu bezwingen, ist jedenfalls für absehbare Zeit illusorisch.

Die feindlichen Verluste zwischen Argonnen und Maas.

Berlin, 9. Oktober. Aus Gefangenenausgaben ergibt sich, daß die Verluste der Franzosen in der Champagne und der Argonnen zwischen Argonnen und der Maas ganz außerordentlich hoch sind. Besonders schwer litt die 4. französische Division bei ihrem Angriff am 1. Oktober gegen die Höhen südlich Dury. Das Regiment 147 hatte dabei über 50 Proz. Verluste. Die 3. Kompanie des Jägerbataillons 18 wurde vollständig angegriffen. Am 1. Oktober wurden bei St. Marie a. Wald drei Bataillone des Regiments 38 hintereinander eingekehrt. Sie wurden sämtlich zusammengeschlossen. Den Deuten des zuletzt

eingekehrt Bataillons wurde, um sie zum Vorgehen zu bewegen, vorgelagert, daß der Graben vor ihnen schon von Franzosen besetzt sei. Als sie den Irrtum erkannten, lieferten sie im wilden deutschen Feuer zurück. Am 3. Oktober wurde bei Vincennes eine ganze Kompanie des 9. Kürassier-Regiments zu Fuß gefangen. Die Gefangenen beglückten die Berichte im eigenen Bataillon bei dem Angriff am Vortage auf 50 Proz. Bei dem Angriff auf Montbousin erlitten zwei hierbei eingekehrt amerikanische Regimenter Verluste bis zu 75 Proz. Die Neges mußten noch am gleichen Tage abgeliefert werden.

Für einen ehrenvollen Frieden.

Bien, 8. Oktober. Im Abgeordnetensaal machte bei Sitzungsbeginn Ministerpräsident Huria eine offizielle Mitteilung von der von Seiten der österreichisch-ungarischen Regierung an den Präsidenten Wilson am 4. 10. gerichteten Friedensnote und knüpfte hieran u. a. folgende Ausführungen: Den analogen Schritt unternehmen das Deutsche und das Osmanische Reich. Dieser neue hochbedeutende Akt stellt sich als eine Konsequenz jener ehrlichen und aufrichtigen Friedensbereitschaft dar, von der die Monarchie, von dem Grundgedanken des Verteidigungsstranges ausgehend, stets befehle war und dem sie in Gemeinschaft mit ihren treuesten Verbündeten wiederholt Ausdruck gegeben hat. Die Antwort der Gegner, die in Mißachtung unserer Bestrebungen entgegenkommen, rüchdlosen Vernichtungspläne enthalten würde, hätte auf der Seite der verbündeten Mächte mit der unbedingten Entschlossenheit zu kämpfen zu bleiben, gemeinsam bis zum letzten Atemzuge zu verteidigen. In diesem wohlgeklärten Augenblicke dürfen wir aber doch der Hoffnung Ausdruck geben, daß der gesamten Menschheit solche würdige Entscheidung erspart bleibe, und daß sie aus der Zeit unglücklichen Leidens durch das Tor der Verständigung, das wir weit aufgemacht haben, in eine schönere Zukunft hindüßreten wird. (Beifall.)

Präsident Dr. Graf erklärte, daß die Stellung der Parteien zur Friedensfrage wie immer sei, sie worden sich begeben in der Genugtuung darüber, daß wir endlich dem Frieden entgegengehen. Daß dieser Friede nur ein gerechter und ehrenvoller sein kann, dafür bürgen die Bestimmungen der verbündeten Völker, da für die Bürgen die allgemeine Kriegslage. Die Behandlung der Frage des Einflusses des Friedens auf unsere inneren politischen Verhältnisse sowie auf unsere Wirtschaftslage wäre heute verfrüht.

Vor Aenderungen in der österreichischen Regierung?

Bien, 9. Oktober. Die Mehrzahl der Blätter verzeichnet ohne Kommentar die gesehen in parlamentarischen Kreisen neuerdings aufgetretenen Gerüchte von einer bevorstehenden Aenderung in der Regierung. Es wurde von der Prüfung eines Friedensabkommens und eines Völkerbundsmittlerums gesprochen, wobei wiederum Samma als Chef bezeichnet genannt wurde. Vielesicht werden die nächsten künftigen Wochen die Beratungen der Delegationen hinsichtlich der nächsten Woche beginnen. A. urian wird Dienstag ein Experte über die äußere Politik im ungarischen, Mittwoch im österreichischen Ausschuss halten.

Tagebefehl des Generals Diaz.

Rom, 9. Oktober. Der „Tempo“ veröffentlicht einen Tagesbefehl des Generals Diaz an die Armee, worin u. a. folgende der Feind unter Land besetzt hält und unter Leiden des Volk bedrückt, das mit Jura keine Befreiung erwartet.

Rücktritt des polnischen Premierministers.

Warschau, 9. Oktober. Ruchajewski richtete, wie das Preibureau beim Ministerium mitteilt, ein Schreiben an den Reichstag, in dem er um sofortige Enthebung von der Stellung des Premierministers und um gleichzeitige Enthebung von dem Auftrage, ein neues Kabinett zu bilden, bittet. Ruchajewski fügt hinzu, daß sein Entschluß unwiderruflich sei.

Deutsches Reich.

Beworbenender Rücktritt des Statthalters der Reichslande?

Strasburg, 9. Oktober. Die in der Reichstagsrede erfolgte Antündigung der Verleihung der vollen Autonomie an Elsaß-Lothringen macht den bevorstehenden Rücktritt des Statthalters von Dalmatien mehr als möglich. Der Feind unter Land besetzt hält und unter Leiden des Volk bedrückt, das mit Jura keine Befreiung erwartet.

Parlamentarier als Unterstaatssekretäre.

Die halbamtliche „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Entsendung weiterer Parlamentarier als Unterstaatssekretäre in die Regierung, die als sicher angenommen werden darf, wird erst nach einiger Zeit erfolgen, da kein Grund vorliegt, diesen weiteren Ausbau der neuen Regierung und des neuen Systems zu überleben. Daß der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. David für das Auswärtige Amt und der fortschrittliche Abgeordnete Konrad Haubmann für die Reichsanleihe in Aussicht genommen ist, ist nach unserer Information richtig, doch können sich wohl bis zur endgültigen Regelung noch Aenderungen ergeben. Der Rücktritt des Chefs des kaiserlichen Zivilkabinetts, v. Berg, beschäftigt sich.

Ausland.

Beendete spanische Ministerkrise.

Madrid, 9. Oktober. Die Ministerkrise ist beendet. Laut amtlicher Mitteilung bleiben alle Minister, abgesehen von dem unterstaatsministerialen Minister, im Amte. Dazu übereinstimmend neben dem Ministerpräsidenten das Justizministerium, Graf Romanones das Unterrichtsministerium. Der Kriegsminister, der Marine- und der Vermögensminister sind nach San Sebastian abgereist, um morgen an dem Ministerium unter Vorsitz des Königs teilzunehmen.